

Nato-Osterweiterung Gorbatschow getäuscht

Seit Jahren streiten Russland und der Westen, ob die Nato mit ihrer Osterweiterung gegen Versprechen verstieß, die das Atlantische Bündnis nach dem Mauerfall 1989 geleistet hatte (SPIEGEL 48/2014). Nun sind amerikanische, britische und russische Dokumente aufgetaucht, die zeigen, dass westliche Politiker 1990/91 der von Michail Gorbatschow geführten Sowjetunion zusagten, die Allianz nicht zu erweitern – während amerikanische Neokonservative intern einer Erweiterung Vorschub leisteten. So plädierte George Bushs Verteidigungsminister Dick Cheney

bereits im Oktober 1990 dafür, die Tür zu einer Nato-Erweiterung „angelehnt zu lassen“ – also nicht zu schließen. Als Gorbatschow eine Garantie forderte, dass Prag nicht der Nato beitrifft, bestrakte Cheneys Staatssekretär Paul Wolfowitz die Tschechen darin, Gorbatschows Ansinnen abzulehnen. Derweil versicherte Nato-Generalsekretär Manfred Wörner einer Delegation aus Moskau, der Nato-Rat und er seien „gegen eine Ausdehnung“. Großbritanniens Premierminister John Major ging sogar noch einen Schritt weiter.



Gorbatschow, Bush 1990 in Helsinki

SYGMA

Als der sowjetische Verteidigungsminister Dmitri Jasow zu ihm sagte, er Sorge sich, dass Polen oder Ungarn der Allianz beitreten, antwortete Major apodiktisch: „Nichts

dergleichen wird passieren.“ Die private US-amerikanische Vereinigung National Security Archive hat die Dokumente jetzt veröffentlicht. klw

Einwanderung I Staatsräson Israel

Bundestagsvizepräsident Hans-Peter Friedrich (CSU) fordert ein entschiedeneres Vorgehen gegen einen unter muslimischen Einwanderern verbreiteten Antisemitismus. „Ein wesentlicher Teil der Integrationsbemühungen muss sein, diesen Menschen verständlich zu machen, dass die Existenz Israels deutsche

Staatsräson ist“, so der Unionsmann. Hierzu müssten sich Migranten aktiv bekennen, fordert Friedrich: „Wer Deutscher werden oder dauerhaft hier leben will, muss diese spezifisch deutsche Befindlichkeit akzeptieren.“ Der CSU-Politiker ist jedoch skeptisch, ob sich dieses Ziel noch erreichen lässt: „Möglicherweise haben wir bei vielen den ‚Point of no return‘ schon verpasst.“ ama

Einwanderung II Linken-Zoff um Migration

In der Bundestagsfraktion der Linken gibt es Verdruss über ein Einwanderungskonzept, das die Fraktionen in den sechs Ostbundesländern entwickelt haben. Danach sollen Migranten zunächst ein Jahr lang in Deutschland bleiben dürfen. Um im Anschluss eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, muss nicht unbedingt ein Arbeitsverhältnis vorliegen, es genüge auch ein „so-

zialer Anknüpfungspunkt“ wie ein Engagement in einem gemeinnützigen Verein oder familiäre Bindungen in Deutschland. „Das Konzept ist weltfremd“, kritisiert Sevim Dagdelen, stellvertretende Linken-Fraktionschefin. „Die gesellschaftlichen und ökonomischen Folgen werden nicht bedacht.“ Die Parteifreunde hätten versäumt abzuschätzen, wie viele Menschen in welchem Zeitraum einwandern könnten, „ob 20 000, 200 000, zwei Millionen oder 20 Millionen jährlich“, so Dagdelen. abe



MILOS DJURIC / DER SPIEGEL

Dagdelen



Demonstranten beim Verbrennen einer Davidstern-Flagge in Berlin

Große Koalition Vertrauliches Treffen

Union und SPD haben für Anfang des Jahres ein vertrauliches Spitzentreffen vereinbart, um über eine mögliche Koalition zu reden. Die Begegnung zwischen den Partei- und Fraktionschefs soll am 3. Januar stattfinden. Öffentlich hatten beide Seiten erklärt, man werde erstmals am 7. Januar die Chancen für eine Zusammenarbeit ausloten. An

der diskreten Zusammenkunft sollen Bundeskanzlerin Angela Merkel, CSU-Chef Horst Seehofer, der SPD-Vorsitzende Martin Schulz, die Fraktionsvorsitzenden von Union und SPD, Volker Kauder und Andrea Nahles, sowie CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt teilnehmen. Die SPD will zuvor ihre Linie für die Gespräche verabreden; die CSU-Landesgruppe trifft sich im Anschluss am Chiemsee. ran